

Rekordbeteiligung beim Freiwilligen Sozialen Jahr

Repnik kritisiert erneute Verkürzung des Zivildienstes von zehn auf neun Monate und kündigt Expertenanhörung zu einem allgemein verpflichtenden Gesellschaftsjahr an

Im vergangenen Jahr hat das Sozialministerium eine Informationskampagne zum Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) eingeleitet. Heute (06. August 2003) zog Sozialminister Repnik in Stuttgart eine positive Bilanz. „Junge Menschen sind mehr denn je bereit, sich sozial zu engagieren. Für den Herbst zeichnet sich erneut eine Rekordbeteiligung ab. Landesweit wollen rund 3.400 junge Menschen in ein FSJ einsteigen“, erklärte Repnik. Gegenüber dem Vorjahr sei dies ein Zuwachs von mehr als zehn Prozent, gegenüber dem Jahr 2001 mit rund 2.200 Teilnehmern gar eine Steigerung um mehr als die Hälfte.

Im Mittelpunkt der Informationskampagne stehe der Dialog zwischen jungen Menschen, erläuterte der Minister. So informierten ehemalige FSJ-Teilnehmerinnen und –Teilnehmer als ‚FSJ-Botschafter‘ in Schulen, in Kirchengemeinden, in Jugendzentren und Jugendtreffs über ihre im Sozialdienst gemachten Erfahrungen. „Wir wollten keine oberflächliche Werbekampagne, sondern im Dialog die guten wie auch die Schattenseiten des FSJ vermitteln“, erklärte Repnik. Es solle niemand zu einem FSJ überredet werden. Der Entschluss ein FSJ solle aus eigener Überzeugung getroffen werden, begründete Repnik den Ansatz der Kampagne. „Die Rechnung scheint aufzugehen.“

Zu der gestiegenen Akzeptanz habe auch die mit den im vergangenen Herbst erstmals wirksam gewordenen Gesetzesänderungen gestiegene Attraktivität des FSJ beigetragen, zeigte sich Repnik überzeugt. So werde zwischenzeitlich das FSJ auch als Zivildienst anerkannt. Dabei kritisierte der Minister die von der Bundesregierung angekündigte Verkürzung des Wehrdienstes von zehn auf neun Monate. „Die Wehrgerechtigkeit steht nur noch auf dem Papier“, mahnte Repnik. Es sei an der Zeit, über eine Weiterentwicklung der Freiwilligendienst und die Einführung eines verpflichtendes Gesellschaftsjahr nachzudenken. „Wir müssen das Für und Wider sorgfältig aufbereiten und eine breit geführte Diskussion anstoßen. Es droht sonst ein langsames Sterben des Zivildienstes“, so Repnik. Noch im November werde dazu in Stuttgart eine Expertenanhörung stattfinden.

Weitere Informationen rund um das FSJ im Internet: www.fsj-baden-wuerttemberg.de

Ergänzende Informationen für die Redaktionen

Das Land fördert in diesem Jahr das FSJ mit insgesamt rund 1,84 Millionen Euro.

Das FSJ/FÖJ-Änderungsgesetz vom 27. Mai 2002 weist im Wesentlichen folgende Änderungen auf:

Mit Anknüpfung an die „Erfüllung der Vollzeitschulpflicht“ wurde das Mindestalter herabgesetzt. Damit ist nun auch die Teilnahme von Haupt- und Realschulabgängern möglich.

Die Einsatzfelder des FSJ wurden auf Einrichtungen der außerschulischen Jugendbildung und der Jugendarbeit sowie auf kulturelle Einrichtungen ausgeweitet.

Die Dauer des FSJ wurde flexibilisiert; sie beträgt zwischen sechs und 18 Monaten (Regeldauer: zwölf Monate)

Anerkannte Kriegsdienstverweigerer können an Stelle des zivilen Ersatzdienstes einen zwölfmonatigen Freiwilligen Dienst bei einem anerkannten FSJ-Träger leisten.

Teilnehmer am FSJ/FÖJ-Programm erhalten bei freier Unterkunft und Verpflegung ein monatliches Taschengeld in Höhe von bis zu rund 170 Euro; wobei die Kindergeldzahlungen weiterlaufen.

Außerdem werden Beiträge zu den gesetzlichen Sozialversicherungen abgeführt. Traditionelle Aufgabenfelder sind in der Kinder- und Jugendhilfe, in Krankenhäusern und in Einrichtungen der Altenhilfe und Behindertenhilfe. Für das FÖJ liegt der Einsatzschwerpunkt in der Umwelt- und Naturschutzarbeit.

Sozialministerium